

## klimaNÖtral: Klimaneutralität 2040 in einem NÖ-Klimaschutzgesetz fehlt

### Klimaschutz, Verkehrs- und Energiewende im NÖ-Arbeitsübereinkommen unambitioniert und widersprüchlich

St. Pölten (17.03.2023) – Das aktuelle Arbeitsübereinkommen für NÖ ist jenes der „letzten Generation“ von gewählten Politiker:innen, die die Weichen für die Klimaneutralität 2040 und die Energiewende in NÖ in einem NÖ-Klimaschutzgesetz in die richtige Richtung stellen können. „Diese Legislaturperiode in NÖ bis 2028 ist die letzte, in der sichergestellt werden kann, dass NÖ seinen Beitrag für die Einhaltung der globalen 1,5°C Erhitzungsobergrenze leistet“, betont klimaNÖtral-Sprecher Erwin Mayer.

Positiv sieht die Plattform den versprochenen „massiven Ausbau der Erneuerbaren Energien, insbesondere von Photovoltaik, Windkraft und Biomasse“ und die dadurch angestrebte „Energieunabhängigkeit“. Dazu notwendig ist auch ein „Umsetzungsplan für den Stromnetzausbau“ und eine Anschlussgarantie für fertiggestellte PV-Anlagen. „Es fehlen aber klare Go-To-Areas für den Netzausbau mit entsprechender Zonierung für Wind und PV und eine Einspeisegarantie für alle erneuerbaren Energieanlagen“, kritisiert Mayer.

Widersprüchlich ist das Arbeitsübereinkommen in mehreren Punkten:

- Der „Vermeidung von unnötigem Bodenverbrauch“ steht eine Forcierung von Straßenbauprojekten wie der S1, S8 und S 34 sowie die Forcierung von E 10 und damit Monokultur-Energiepflanzen gegenüber.
- Die Betonung von E-Fuels und Verbrennungsmotoren würde entweder für die gleiche Fahrleistung von PKW und LKW bis zu 10mal so viel Ökostrom (inklusive Luft-CO<sub>2</sub>-Abscheidung) in NÖ benötigen oder die E-Fuels müssten importiert werden und würden NÖ entgegen der versprochenen Energieunabhängigkeit extrem vom Import aus weit entfernten Regionen abhängig machen. Abgesehen davon sind E-Autos jetzt bereits am Markt etabliert. Für die 17 Jahre bis zur Klimaneutralität 2040 werden E-Fuels daher keine Rolle spielen bzw. sind keine ausreichenden Kapazitäten absehbar und rentabel.
- NÖ wendet sich im Arbeitsübereinkommen gegen das „Zulassungsverbot von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotoren“, somit an die EU und den Bund, befürwortet aber keine ausreichende, belastungsneutrale CO<sub>2</sub>-Bepreisung in der EU und in Österreich. Erst diese würde E-Fahrzeuge wie auch E-Fuels in einen Wettbewerb mit „Technologieoffenheit“ führen. Andernfalls droht wie bei der Atomkraft eine, über erfolgreichen Lobbyismus abgesicherte, dauerhafte Subventionierung von E-Fuels, die aufgrund von Wirkungsgradverlusten sonst nie mit Ökostrom in E-Fahrzeugen wettbewerbsfähig wäre. Das wäre ein Beitrag zur steuerlichen Belastung der Niederösterreicher:innen, ohne entsprechender Gegenleistung oder Abgeltung. „Das Festkleben am Verbrennungsmotor schadet dem Klima und dem Geldbeutel“, so Mayer.